

Droht der administrative K.o.?

CBAM – holpriger Start des CO₂-Grenzausgleichsmechanismus in der EU

Zu schnell, zu ungenau und mit handwerklichen Fehlern behaftet, lautet die Kritik. Der neue CO₂-Grenzausgleichsmechanismus (CBAM), Teil des „Fit for 55“-Klimaschutzpakets der Europäischen Union, läuft nach seinem Start alles andere als rund. Bis sich das am grünen Tisch Erdachte im grauen Alltag auszahlt, bedarf es noch einiger Anstrengungen – sowohl auf Behördenseite als auch in den Unternehmen.

Verschmutzungsrechte in der Europäischen Union (EU) kosten Geld, in vielen Ländern außerhalb der EU aber nicht. Die Folge war nicht nur eine Verlagerung von emissionsintensiver Produktion ins Ausland. Günstigere Importe setzten Unternehmen, die weiterhin hierzulande produzieren, unter einen enormen Wettbewerbsdruck. Der Carbon Border Adjustment Mechanism (CBAM) soll sicherstellen, dass für Importe die gleichen Emissionspreise anfallen wie für Erzeugnisse, die in der EU produziert wurden. Er gilt seit Oktober vergangenen Jahres für Aluminium, Eisen und Stahl, Düngemittel, Zement, Strom und Wasserstoff.

Grundlage ist ein auf dem CBAM-Portal der EU einzureichender Bericht, in dem die Unternehmen aufschlüsseln müssen, welche Emissionen mit den von ihnen eingeführten Waren im zurückliegenden Quartal verbunden waren. Dies erst einmal zu „Übungszwecken“ kostenfrei und anhand von Standardwerten. Ernst wird es 2026. Dann dürfen nur noch zugelassene CBAM-Anmelder die betreffenden Waren in die EU einführen und es muss ein CO₂-Preis in Form von Zertifikaten entrichtet werden. Die Importeure sollen schrittweise für das eingebettete CO₂ zahlen, und zwar in dem Maße, wie die europäischen Produzenten für die zurzeit noch überwiegend kostenlosen Zertifikate ebenfalls zu zahlen beginnen. Im Jahr 2026 werden zunächst nur 2,5% der Zertifikate kostenpflichtig. Die Kurve steigt exponentiell, bis es 2034 keine kostenfreien Zertifikate mehr geben wird.

Glatter Fehlstart

Gut gedacht ist aber nicht automatisch gut gemacht. Viele Unternehmen konnten schon den ersten Bericht nicht fristgerecht zu Ende Januar 2024 einreichen. Es hakte bei der EDV. „Viele IT-Tools sind noch fehlerhaft, oftmals ist auch der Umgang damit noch unklar“, resümiert Matthias Blum, Leiter der Abteilung Außenwirtschaft im Verband der Chemischen Industrie (VCI). Die EU-Kommission sei sich der Schwierigkeiten bewusst, heißt es in einer Verlautbarung der Deutschen Emissionshandelsstelle, die als

nachgeordnete Behörde des Umweltbundesamts für die CBAM-Umsetzung in Deutschland zuständig ist. Es werden „Software-Probleme und technische Schwierigkeiten bei der elektronischen Übermittlung“ eingeräumt. Unternehmen haben die Möglichkeit, auf dem CBAM-Portal unter der Schaltfläche „Request delayed submission“ eine verspätete Einreichung ihres Berichts zu beantragen. Nach Antragstellung haben sie dafür 30 Tage Zeit, in der Hoffnung, dass dann alles funktioniert.

Es war ein Fehlstart mit Ansage. Man habe das Konzept von Anfang an skeptisch gesehen, sagt Blum. Die Einführung sei überstürzt und mit unrealistischen Zeitplänen für Behörden und Unternehmen erfolgt. Zudem gebe es noch viele offene Fragen. Potenziert würden die Probleme durch eine viel zu niedrige Schwelle, ab welchem Wert Produktlieferungen in die Berichte aufgenommen werden müssten. So kritisiert die Deutsche Industrie- und Handelskammer, dass auch für „Allerweltswaren“ ab einem Wert von 150 EUR jedes Quartal fast 300 Datenfelder auszufüllen seien. Eine weitere Sorge sei der hohe Aufwand bei der Datenbeschaffung. Zahlreiche Verbände, darunter der VCI, bemängeln, dass den Unternehmen nicht genug Zeit für die Vorbereitung auf die Meldepflichten zur Verfügung gestanden habe. Sie warnen vor einer Beeinträchtigung der Wettbewerbsfähigkeit durch zu hohe Regiekosten, einer Überforderung der Organisation und schließlich durch die Kosten der Zertifikate. Droht der administrative Knock-out?

Strategische Aufgabe

„Es kommt darauf an, die Übergangszeit intensiv zu nutzen. Acht Berichtszyklen sollten ausreichend Raum dafür bieten, effiziente Prozesse zu etablieren und zu justieren“, so Lars-Peter Häfele, Geschäftsführer von Inverto am Standort München, der auf Einkauf und Supply-Chain-Management



spezialisierten Tochtergesellschaft der Boston Consulting Group, dies vor allem in enger Zusammenarbeit mit den Nicht-EU-Lieferanten. Eine Harmonisierung der Systeme zur Datenerhebung und -verarbeitung und schließlich auch zur Abbildung im Finanzmanagement sei essenziell. Mit Excel allein sei das Ganze nicht mehr zu bewältigen.

Denn das „Ganze“ besteht nicht nur in der Anforderung und Zusammenstellung von Daten darüber, welche unter den Geltungsbereich der CBAM fallenden Waren und deren Mengen von Nicht-EU-Herstellern importiert werden. Darauf basierend sollten bereits jetzt anhand der Standardwerte vorläufige finanzielle Folgenabschätzungen der CBAM-Verordnung mit Blick auf die Einführung ab 2026 erfolgen. Da immer mehr lieferantenspezifische Emissionsdaten erhoben werden, können Unternehmen die Folgenabschätzung schrittweise verfeinern und auf dieser Grundlage eine Strategie entwickeln, die auf den finanziellen Auswirkungen der CBAM-Verordnung basiert. „Eine Strategie könnte darin bestehen, Lieferanten zu CO₂-ärmerer Produktion aufzufordern. Die in CBAM-Waren eingebetteten Emissionen würden verringert und die Ausgleichszahlungen gesenkt. Das ist allerdings nur dann möglich, wenn der Kunde eine wichtige Rolle für den Liefe-

ranten spielt. Ist das nicht der Fall, können Unternehmen zu Lieferanten innerhalb oder außerhalb der EU wechseln, die geringere Emissionen anbieten“, erklärt Häfele.

Zurück zum Ausgangspunkt: „Größere Unternehmen konnten in den letzten Monaten Strukturen aufbauen, mit denen die CBAM-Anforderungen einigermaßen bewältigt werden können – unter hohem Aufwand und mit den beschriebenen Problemen“, so Blum vom VCI. Mittelständische Unternehmen dürften noch größere Umsetzungsschwierigkeiten haben. Der CBAM sei ein Beispiel dafür, dass bei Gesetzgebungen nicht ausreichend auf die Umsetzbarkeit auch in kleinen Betrieben geachtet werde, sagt Freya Lemcke, Leiterin der DIHK-Vertretung bei der EU. Indes dürfe der CBAM nicht isoliert als reine „Zollangelegenheit“ betrachtet werden, sagt Häfele. Die Dokumentation von CO₂-Footprints sei eines der wichtigsten Elemente der Dekarbonisierung, etwa bei den zu erbringenden Reports zu Scope-3-Emissionen, und Lieferkettentransparenz damit in jeder Beziehung erfolgskritisch. Schließlich will die gesamte EU ab 2045 CO₂-neutral sein.

Manfred Godek, freier Finanzjournalist, Monheim

godek@t-online.de

KOLUMNE: NEUES AUS DEM VAA



Schlechtes Zeugnis für den Standort Deutschland

Unter den derzeitigen industriepolitischen Rahmenbedingungen sind die Zukunftsaussichten der chemisch-pharmazeutischen Industrie in Deutschland ausgesprochen negativ. Zu diesem Schluss kommt eine Umfrage unter den Fach- und Führungskräften der Branche. Hoffnung machen hingegen die hohe Ausbildungsqualität und die Nähe zwischen Unternehmen und Wissenschaft bei der Technologieentwicklung. Durchgeführt wurde die Umfrage zum Chemie- und Pharmastandort Deutschland im Dezember 2023 unter mehr als 1.400 Mitgliedern des VAA und der Dechema – Gesellschaft für Chemische Technik und Biotechnologie, die als Fach- und Führungskräfte in Unternehmen und Forschungseinrichtungen der Chemie- und Pharmabranche tätig sind. Vertreter beider Verbände fordern einen radikalen Kurswechsel in der Industriepolitik.

Im Rahmen der Umfrage bewerteten die Mitglieder von VAA und Dechema u.a. die Bedeutung von insgesamt 17 Standortfaktoren für den Fortbestand der Arbeitsplätze. Als wichtigste Einflussfaktoren wurden dabei die Höhe der Energiepreise, das Ausbildungsniveau und die Verfügbarkeit von Fachkräften sowie die Stabilität der industriepolitischen Rahmenbedingungen und die Verfügbarkeit von Rohstoffen genannt.

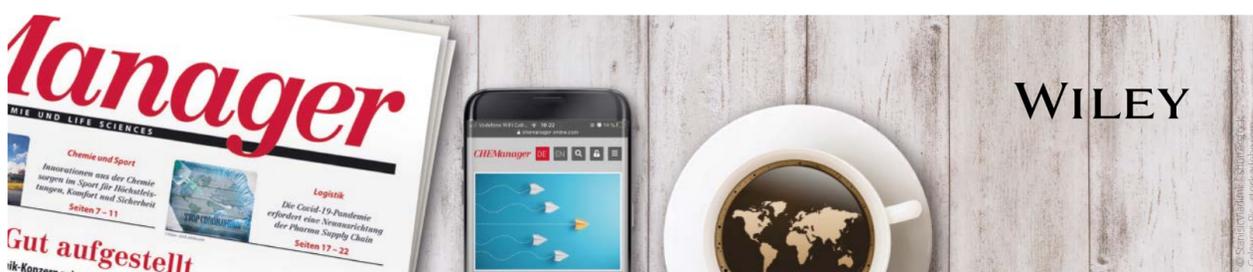
Die Höhe der Energiepreise ist zugleich der Standortfaktor, dem die Umfrageteilnehmenden mit einer Bewertung den negativsten Einfluss auf den Fortbestand der Arbeitsplätze zuschreiben. Ebenfalls hoch gewichtet und besonders kritisch bewertet wurden die Dauer und Komplexität von Genehmigungsverfahren bei der Errichtung neuer Produktionsanlagen und staatlicher Verwaltungsvorgängen insgesamt. Einen positiven Einfluss sehen die Teilnehmer hingegen durch die Leistungsfähigkeit der vorhandenen Produktionsinfrastruktur und die Nähe zu wissenschaftlichen Institutionen.

Angesichts der Umfrageergebnisse fordert der zweite Vorsitzende des VAA, Christoph Gürtler, die politischen Entscheidungsträger zu einem radikalen industriepolitischen Kurswechsel auf: „Wenn der Chemie- und Pharmastandort Deutschland mit seinen hocheffizienten Wertschöpfungsketten erhalten bleiben soll, müssen die Preise für Energie verlässlich auf ein international wettbewerbsfähiges Niveau gedeckelt und die viel beschworenen Maßnahmen zur Entbürokratisierung endlich umgesetzt werden.“ Dies gelte vor dem Hintergrund des durch etliche Chemie- und Pharmaunternehmen bereits angekündigten Abbaus hochqualifizierter Industriearbeitsplätze mehr denn je.

Bei der Positionierung der deutschen Chemie- und Pharmabranche im internationalen Wettbewerb sehen die Umfrageteilnehmer Stärken und Schwächen: Die Ausbildung wird von rund der Hälfte der Befragten als im Vergleich sehr gut oder eher gut bewertet, die Technologieoffenheit immerhin von einem Drittel. Bei der Technikaufgeschlossenheit in der Gesellschaft sind es hingegen nur 13%. „Deutschland ist ein weltweit führender Forschungs- und Entwicklungsstandort in der Chemie, Chemietechnik und Biotechnologie und wir haben eine sehr gute Vernetzung zwischen Wissenschaft und Industrie in den technischen Wissenschaften. Dieses Potenzial müssen wir nutzen, um Lösungen für die globalen Herausforderungen zu entwickeln und damit auch den Technologiestandort Deutschland zu stärken“, sagt Dechema-Geschäftsführer Andreas Förster.

Werden Sie jetzt Mitglied im VAA und erhalten Sie CHEManager im Rahmen der Mitgliedschaft kostenlos nach Hause zugestellt.

Der VAA ist mit rund 30.000 Mitgliedern der größte Führungskräfteverband in Deutschland. Er ist Berufsverband und Berufsgewerkschaft und vertritt die Interessen aller Führungskräfte in der chemischen Industrie, vom Chemiker über die Ärztin oder die Pharmazetin bis zum Betriebswirt.



Fünf Minuten Kaffeepause...

...und dabei den wöchentlichen Newsletter von CHEManager studieren. Effizienter und entspannter können sich Strategen und Entscheider der Chemiebranche nicht informieren!

Jetzt ganz einfach kostenlos registrieren:
www.chemanager-online.com/newsletter

CHEManager.com

CHEManager



https://bit.ly/3icWheF

140.000 EUR für die Politik

VCI veröffentlicht Parteispenden für das Jahr 2023

Der Verband der Chemischen Industrie (VCI) hat im Jahr 2023 insgesamt 140.000 EUR an fünf politische Parteien gespendet. Für diese Spenden hat der Verband insgesamt 73.850 EUR Körperschaftsteuer und Solidaritätszuschlag an das Finanzamt abgeführt. Bei den Spenden wurden fünf Parteien berücksichtigt (s. Tabelle).

„Heute ist es wichtiger denn je, die demokratischen Parteien zu unterstützen. So stärken wir unsere parlamentarische Demokratie. Auf ihr be-

ruhen politische Stabilität und damit auch der wirtschaftliche Wohlstand Deutschlands. Mit Parteispenden nehmen wir keinen Einfluss auf politische Entscheidungen, sondern wir werden damit unserer Verantwortung als Teil der Gesellschaft gerecht“, betont VCI-Hauptgeschäftsführer Wolfgang Große Entrup.

Der VCI orientiert seine Spenden an den Inhalten von Grundsatz- und Wahlprogrammen der Parteien und informiert die Öffentlichkeit aktiv über die Summe seiner jährlichen Zuwendungen seit dem Jahr 2016. Zusammen mit Transparency Deutschland hat der Verband der Chemischen Industrie die Allianz für Lobbytransparenz gegründet. (ag)

Parteispenden des Verbands der Chemischen Industrie – Angaben in EUR

| | 2023 | 2022 | 2021* | 2020 | 2019** |
|---------------|---------|---------|---------|--------|---------|
| Gesamt | 140.000 | 201.000 | 331.500 | 73.500 | 234.000 |
| CDU | 40.000 | 67.000 | 131.500 | 25.000 | 108.000 |
| SPD | 30.000 | 51.000 | 76.000 | 22.500 | 55.000 |
| FPD | 30.000 | 47.000 | 62.000 | 13.000 | 37.000 |
| Grüne | 30.000 | 36.000 | 42.000 | 13.000 | 22.000 |
| CSU | 10.000 | 0 | 20.000 | 0 | 12.000 |

*Bundestagswahl, **Europawahl